

Anfrage - Nr. StVV - AF 28/2024 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Drohender Notstand in der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)

In Bremerhaven gibt es eine sozialpsychiatrisch tätige Arztpraxis für Kinder und Jugendliche. Das medizinische Versorgungszentrum des Wichernstifts in Debstedt behandelt ebenfalls Kinder und Jugendliche aus Bremerhaven. Die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bremerhaven wird mit der Schließung der beiden genannten Angebote nicht mehr zu gewährleisten sein, wenn keine abwendenden Maßnahmen ergriffen und neue Perspektiven und Anreize geschaffen werden. Zuspitzend kommt noch hinzu, dass – wie auch im Psychiatrie- und suchthilfeplan der Senatorin für Gesundheit 2024 beschrieben - zurzeit die Nachfrage für psychiatrische und psychotherapeutische Unterstützung sehr hoch ist, da nach der Pandemie und in Folge aktueller nationaler wie internationaler Krisen Kinder und Jugendlichen verstärkt psychische Auffälligkeiten zeigen. Das ist auch dem Bericht „Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen insbesondere unter dem Aspekt der Auswirkungen der Pandemie“ des Herrn Dr. Peters (Gesundheitsamt Bremerhaven) zu entnehmen. Aus diesem Grund braucht Bremerhaven dringend ein Konzept, wie die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung erhalten und ausgebaut werden kann:

Wir fragen den Magistrat:

1. Steht der Magistrat angesichts der oben beschriebenen besorgniserregenden Lage im Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, um die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bremerhaven durch niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater:innen zu verbessern?
Wenn Ja: Wie sehen die Ideen und Konzepte der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen aus, um den Versorgungsnotstand abzuwenden?
Wenn Nein: Wann soll solch ein Austausch stattfinden?
2. Was hat der Magistrat unternommen, um Versorger und Kliniken aus Bremen dafür zu gewinnen, neue Angebote (wie z.B. Zweigstellen) in Bremerhaven zu etablieren, die die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bremerhaven verbessern könnten?
3. Hat der Magistrat die Möglichkeit geprüft, eine landesübergreifende Kinder- und Jugendpsychiatrie in Kooperation mit Debstedt zu etablieren, die möglicherweise die Gründung einer Zweigstelle in Bremerhaven umfasst?
Wenn Ja: Zu welchen Ergebnissen hat diese Prüfung geführt?
Wenn Nein: Warum nicht bzw. ist solch eine Prüfung in Vorbereitung?
4. Welche Angebote gibt es, um Kinder- und Jugendpsychiater*innen beim Aufbau von Praxen in Bremerhaven zu unterstützen?

5. Gibt es Ideen, darüber hinaus Projekte zu fördern, die gruppentherapeutische Angebote erweitern, um dem akuten psychotherapeutischen Bedarf kurzfristig besser begegnen zu können?
Wenn Ja: Welche Ideen bzw. Projekte gibt es bereits oder sind in Vorbereitung?
Wenn Nein: Warum nicht?
6. Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeit ein, durch finanzielle Fördermöglichkeiten oder neue Kooperationen im bestehenden Versorgungssystem Anreize für Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendpsychiater*innen zu schaffen, sich zum Beispiel in der dringend benötigten Traumatherapie weiterzubilden?
7. Welche Pläne gibt es aktuell, um derartige oder vergleichbare Anreize zu schaffen?
8. Besteht die Möglichkeit das Gesundheitsamt so auszubauen, dass psychiatrische Diagnostik und Versorgung auch dort möglich wäre?

Elena Schiller und
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P